

Thesen zur Arbeitsmarktpolitik von Wilke Witte, Mitglied GewerkschaftsGrün

Die folgenden Thesen stellen keine Beschlusslage von Gewerkschaftsgrün dar. Sie sind jedoch zentraler Bestandteil des Diskussionsprozesses innerhalb von Gewerkschaftsgrün und entsprechen damit unserem Ziel, einen Austausch und Diskussionsprozess zwischen grünen Standpunkten und den Interessen der Gewerkschaften und Arbeitnehmern herzustellen. Gewerkschaftsgrün ist von Gewerkschaften und von Bündnis90/Die Grünen unabhängig, es ist keine BAG.

1. Wie kann durch eine bessere Zusammenarbeit der Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik in den Ländern eine grüne Arbeitspolitik gestärkt werden?

These:

Deutschland ist ein durch enormen Export sehr reiches Land, allerdings nur, was die deutsche Wirtschaft betrifft. Dieser Reichtum verteilt sich jedoch nicht auf den Staat und die Bürger – ganz im Gegenteil! Die Staatsfinanzen brauchen gar eine Schuldenbremse und die Binnennachfrage zeigt erhebliche Defizite auf, die sich von Jahr zu Jahr verschlimmern. Schuld daran sind Einführung und Ausweitung prekärer und schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse, ein immer höherer Anteil von Sozialleistungen auf Armutsniveau und der Verkauf ehemaliger Bundes- und Landesbetriebe im Gesundheits- und Sozialbereich an die Wirtschaft sowie das Eröffnen von Tarifflichtmöglichkeiten. Eine Entwirtschaftlichung z.B. im Gesundheitssystem tut Not, ebenso wie die Ausweitung von Mindestlöhnen und die deutliche Reglementierung von Leiharbeit und anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Erst wenn der Reichtum durch eine dafür notwendige Umverteilung bei den Menschen angekommen ist, kann eine dezentrale, auf Länder- und Kommunalebene konzentrierte Wirtschaft auf Basis neuer Nachfrage erst entstehen. Die Länder können z.B. durch Rückkauf ehemaliger Staatsbetriebe und das Stellen von tariflichen Mindestbedingungen (z.B. keine Löhne unter 8,50€) an Auftragnehmer aus der Wirtschaft ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Doch dies ist ohne konsequente Umverteilung von oben nach unten nicht möglich. Anhebung des Spitzensteuersatzes und Steuergerechtigkeit dürfen auch auf Landesebene keine Tabuthemen bleiben! Ebenfalls können auf Länderebene Mindestlöhne in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eingeführt und ausgeweitet werden!

2. Welche Potentiale bietet eine Dezentralisierung der Verantwortung auf die Schulen/Hochschulen und die Stärkung der lokalen Zusammenarbeit von (Hoch-)Schule-Wirtschaft-Wissenschaft um Nachwuchs für die grüne Transformation auszubilden?

These:

Die föderalistische dezentrale Schulpolitik bietet die Gelegenheit, Nutzen, Chancen und Möglichkeiten regionalen Wirtschaftens durch länderspezifische Themen im Unterricht und Studium einzubringen. Schulprojekte rund um regionales Wirtschaften, Landwirtschaft und Wirtschaftskreisläufe schaffen Bewusstsein einerseits für die Funktionsweise und andererseits für die Problemstellungen wirtschaftlicher Globalisierung. Hochschulen und Wissenschaft können durch gezielt geförderte Forschungsvorhaben neue Szenarien regionaler Kreisläufe zu entwickeln und bestehende Ansätze auf ihre Zukunftsfähigkeit hin untersuchen. Die auf diese Weise sichtbar werdenden Lücken können dann von regional tätigen und neu gegründeten Firmen geschlossen werden – zugunsten einer grünen Transformation!

3. Welche Modelle gibt es, die Anforderungen und Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft und des Unternehmertums besser zu vereinbaren?

These:

Insbesondere Modelle der betrieblichen Mitbestimmung sind geeignet, einen angemessenen Ausgleich zwischen grundsätzlich entgegengesetzten Interessen von Kapital und Arbeit herzustellen. Bestehende gesetzliche Ausgestaltungen zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung sind in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich ausgehöhlt worden. Es sind mitbestimmungsfreie weiße Flecken auf der Wirtschaftslandkarte entstanden, die sogenannte prekäre Beschäftigung. „Betriebsratsverseucht“ wurde gar zum Unwort des Jahres 2009. Der Gegenpol zur Macht der Arbeitgeber fehlt vermehrt und die existenzielle

Angst macht Arbeitnehmer immer häufiger erpressbar. Eine Rückkehr zur alten Macht der Mitarbeitervertretung ist daher wichtiger denn je. Alte grüne Forderungen gingen dabei sogar noch weiter: Über eine Drittelung der Aufsichtsräte sollte nicht nur die Macht der Arbeitgeber weiter eingeschränkt, sondern um den dritten Faktor Umwelt erweitert werden. Die neue und weitere Demokratisierung und Öffnung betrieblicher Mitbestimmung um den Faktor Umwelt und Verbraucher sind wichtige Diskussionsthemen für die Zukunft: für eine erhöhte Binnennachfrage und für generationsübergreifende Nachhaltigkeit.